
11562/J XXIV. GP

Eingelangt am 15.05.2012

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten **Rudolf Plessl**, Genossinnen und Genossen
an die **Bundesministerin für Inneres**
betreffend *Aufnahme von Polizistinnen und Polizisten*

Im Regierungsprogramm 2008 (S. 92) wird im Kapitel *Inneres, Justiz und Landesverteidigung* klar festgehalten:

„Die Österreicherinnen und Österreicher haben einen Anspruch darauf, vor Kriminalität jeder Art geschützt zu werden. Dafür ist in erster Linie die Polizei verantwortlich, wobei es die Aufgabe der Politik ist, für die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen. Im Kampf gegen die Kriminalität bekennt sich die Bundesregierung dazu, die Polizei bestmöglich zu unterstützen – sowohl durch bestmögliche Ausstattung auf dem letzten Stand der Technik im erforderlichen Ausmaß, als auch durch bedarfsgerechte Personalplanung und die notwendigen Befugnisse.“

Inzwischen hat die Personalvertretung festgestellt, dass allein in Wien 160 BeamtInnen fehlen und ergänzend auch die Aufnahmezahlen bei PolizeischülerInnen in Wien seit 2009 wieder rückläufig sind. Im Regierungsprogramm ist im Unterpunkt *B.I. Personal* (S.97) folgende Zielsetzung festgehalten:

„Im Bereich des Personalmanagements muss durch mittelfristige Planung auf Veränderungen und neue Anforderungen reagiert werden. Die Altersstruktur der Polizeibediensteten, der stark steigende Frauenanteil, genauso wie Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordern zusätzlichen Personaleinsatz, um mittelfristig den Personalbedarf abdecken zu können. Für die nächsten fünf Jahre werden 1000 Ausbildungsplätze pro Jahr zur Verfügung gestellt und ein Personalpool zum, Ausgleich von Karenzen und Zuteilungen gebildet, der die vorsorgliche Aufnahme und Ausbildung ermöglicht.“

Trotz zahlreicher positiver Maßnahmen die von der Bundesregierung in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurden - wie z.B. die Erneuerung der Ausrüstungsgegenstände, die

Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Adaptierung der Reisegebührenregelung und die kürzlich im Nationalrat beschlossene Reform der Sicherheitsbehörden - richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

- 1) Wie viele PolizeischülerInnen wurden von 2008 bis heute in die Ausbildung aufgenommen?
(Bitte nach Jahrgang, Anzahl der aufgenommen SchülerInnen und Ausbildungsstandort untergliedern)
- 2) Wie viele PolizeischülerInnen haben die Ausbildung von 2008 bis heute zur Polizistin/ zum Polizisten erfolgreich abgeschlossen?
(Bitte nach Jahrgang, Ausbildungsstandort und Anzahl der fertig ausgebildeten AspirantInnen untergliedern)
- 3) Wie viele PolizeischülerInnen haben die Ausbildung seit 2008 nicht beendet und welche Gründe waren dafür ausschlaggebend?
(Bitte nach Jahrgängen, Anzahl der aufgenommen SchülerInnen und Ausbildungsstandort untergliedern)
- 4) Wie viele BewerberInnen sind zu den Aufnahmetests in den Exekutivdienst angetreten und haben...
 - a) ..diese bestanden?
 - b) ..diese nicht bestanden?
(Bitte nach Jahrgängen und Aufnahmestandort untergliedern)
- 5) Bei welchen Teilabschnitten des Aufnahmetests treten die höchsten „Ausfallsraten“ (negative Beurteilungen) auf und welche Unterlagen zur selbständigen Vorbereitung gibt es für die BewerberInnen?

- 6) Wo wurden die ausgemusterten SchülerInnen ab dem Jahr 2008 bis heute in den Polizeidienst eingegliedert?
(Bitte nach Anzahl, Bundesländern, Landespolizei-/ Bezirkspolizeikommanden und Polizeiinspektionen untergliedern)
- 7) Wird das im Regierungsprogramm vereinbarte Ziel von mindestens 1000 zusätzlichen PolizistInnen bis 2013 zumindest in Hinblick auf die Aufnahmen eingehalten?
- 8) Bis zu welchem Zeitpunkt werden die vorgesehenen 1000 zusätzlichen PolizistInnen im Dienstbetrieb erreicht werden?
- 9) Wie sieht die Prognose der Neuaufnahmen in Hinblick auf die steigenden „Pensionierungen“ für die Jahre 2012 bis 2014 aus?